



Bundes- tags- brief

Nr.83 • Die Woche im Bundestag • 12.11.2010



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Castor-Transporte: Grüne müssen sich von Gewalttaten distanzieren

Das Demonstrationsrecht ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein hohes Gut. Die Union achtet und schützt dieses Recht, auch wenn wir die politischen Ziele der Demonstranten nicht teilen, die in den vergangenen Tagen gegen die Rücknahme des deutschen kerntechnischen Abfalls aus Frankreich protestiert haben.

Neben einer großen Zahl friedlicher Demonstranten waren bei den Protesten im Wendland aber auch solche zu beobachten, die gezielt schwere Straftaten begangen haben. Wer mit Steinen wirft, Schienen lockert oder Brandsätze auf Fahrzeuge wirft, gefährdet das Leben anderer Menschen und überschreitet damit eine Grenze, die unter keinen Umständen überschritten werden darf.

Wir erwarten deshalb von den Grünen, die prominent vor Ort vertreten waren, das klare Bekenntnis, dass sie sich von Gewalt und Rechtsbruch distanzieren. Der Satz: „Man habe nicht zur Gewalt aufgerufen“ reicht in diesem Zusammenhang nicht aus.

Wir erwarten ferner von den Grünen, dass sie auch in der Opposition ihrer Verantwortung gerecht werden und nicht allein ihre Doppelzüngigkeit unter Beweis stellen.

Die Rücknahme des kerntechnischen Abfalls aus Frankreich ist ein Gebot überparteilicher Verantwortung.

Die Castor-Transporte wurden auch unter Rot-Grün durchgeführt und damals von Umweltminister Jürgen Trittin mit den Worten verteidigt, dass die Grünen gegen die Transporte „in keiner Form sitzend, stehend, singend, tanzend demonstrieren“ sollten, denn schließlich seien die Voraussetzungen für den Transport gegeben.

Heute erinnern sich die Grünen nicht mehr an ihre Worte von damals und fahren den Demonstranten mit dem Traktor vorweg. Wer so handelt, kann keine Verantwortung für unser Land übernehmen.

Aktuelle Sicherheitslage: Grund zu Sorge und Aufmerksamkeit

Durch die Vorkommnisse der vergangenen Tage ist erneut deutlich geworden, dass auch Deutschland im Visier des internationalen Terrorismus steht. Es kommt jetzt darauf an, dass wir alle das Risiko ernst nehmen und die zuständigen Stellen sämtliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit ausloten.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat umgehend reagiert und seinen europäischen Amtskollegen einen 5-Punkte-Katalog zur Verbesserung der Sicherheit im Luftfrachtverkehr vorgeschlagen, der im Rat der Europäischen Innenminister sehr begrüßt wurde.

Krisenmechanismus soll Euro sicher machen

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben Ende Oktober auf dem Europäischen Rat beschlossen, die europäische Währungsunion zu reformieren.

Die Beschlüsse sind ein Erfolg für Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Union. Durch einen Krisenmechanismus soll der Euro in Zukunft sicherer werden, falls einzelne Länder in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Wiederholten Defizitsündern drohen künftig härtere Sanktionen. Dafür will die Gemeinschaft der 27 in geringem Umfang den Vertrag von Lissabon ändern. Der Krisenmechanismus soll

ab 2013 an die Stelle des derzeitigen Euro-Rettungsschirms treten. Er soll EU-Staaten in finanziellen Schwierigkeiten helfen, die Krise zu überwinden, ohne dass andere EU-Länder einspringen müssen.

Das vertragliche Verbot, wonach die Union und ihre Mitgliedsländer nicht für die Schulden anderer Mitgliedsländer haften (so genanntes Bail-out-Verbot), bleibt bestehen.

Neu ist, dass auch private Gläubiger der Staaten wie Banken oder Fonds mit in die Haftung genommen werden. Damit tritt die EU auch der Spekulation gegen einzelne Staaten entgegen.

Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) soll einbezogen werden. Über Grundzüge des Krisenmechanismus wollen die europäischen Staats- und Regierungschefs bereits im Dezember entscheiden.

Zahl der Arbeitslosen sinkt unter drei Millionen

Die Zahl der Arbeitslosen ist im vergangenen Monat mit rund 2.945.000 (-86.000 gegenüber dem Vormonat). auf den niedrigsten Stand seit 18 Jahren gesunken.

Die Arbeitslosenquote sank auf 7% (-0,2%), saisonbereinigt 7,5%. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben in saisonbereinigter Rechnung deutlich zugenommen und liegen über dem Vorjahresniveau.

So stieg die Zahl der Erwerbstätigen im September saisonbereinigt um 35.000, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten saisonbereinigt um 48.000.

Auch die Kurzarbeit verliert weiter an Bedeutung. Nach vorläufigen Daten wurde im August an 173.000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Das waren 97.000 weniger als im Vormonat und 849.000 weniger als vor einem Jahr.

Damit erreichen die Kurzarbeiterzahlen im August 2010 nur noch rund ein Zehntel des Höchststandes der Inanspruchnahme im Mai 2009.

(Quellen: Bundeagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)

Löhne im EU-Vergleich nur unterdurchschnittlich gestiegen

Mit einem Plus von 21,8% sind in Deutschland die Arbeitseinkommen in den vergangenen zehn Jahren wesentlich geringer gestiegen als im Rest der Europäischen Union.

Im Durchschnitt stiegen die Löhne und Gehälter in der EU seit 2000 um 35,5% und im Euroraum um 29,5%. Auch die Arbeitskosten stiegen in Deutschland im selben Zeitraum nur unterdurchschnittlich (9,3% gegenüber 32,7% in der Eurozone).

Zu dieser Entwicklung haben die Tarifpartner mit einer moderaten Lohnpolitik auch im vergangenen Jahr beigetragen: Die Tarifverdienste haben sich mit einem durchschnittlichen Anstieg von 2,8% 2009 nur moderat entwickelt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Lebenserwartung erreicht Höchststand

Mit einer Lebenserwartung für neugeborene Mädchen von 82 Jahren und 6 Monaten und für neugeborene Jungen von 77 Jahren und 4 Monaten erreicht die durchschnittliche Lebenserwartung den höchsten Stand seit Berechnung der ersten Sterbetafel 1871/1881.

Im Vergleich zur Sterbetafel 2006/2008 stieg die Lebenserwartung für neugeborene Mädchen um einen Monat, für neugeborene Jungen um zwei Monate.

Statistisch gesehen kann heute jeder zweite Mann in Deutschland wenigstens seinen 80. Geburtstag und jede zweite Frau ihren 85. Geburtstag erleben.

Im Vergleich dazu betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen in der Periode 1871/1881 nur 35 Jahre und 7 Monate und die eines neugeborenen Mädchens 38 Jahre und 5 Monate.

Grund für den starken Zuwachs ist zum einen der Rückgang der Kindersterblichkeit und zum anderen die sinkende Sterblichkeit Älterer.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)